

Proteste gegen Waqf-Gesetz: Muslimische Gemeinschaft fordert Rücknahme

Wichtige muslimische Organisationen in Indien kritisieren den Waqf-Änderungsantrag und fordern Rückzug sowie umfassende Gespräche.

Die Diskussion um die Waqf (Änderungs-)Gesetzgebung hat in Indien eine breite Welle der Besorgnis ausgelöst, insbesondere unter führenden muslimischen Organisationen. Diese Organisationen haben sich vehement gegen den vorgelegten Entwurf ausgesprochen, und die Situation spiegelt eine tiefere, gesellschaftliche Unruhe wider.

Die Reaktionen der Muslimischen Gemeinschaft

Einige prominente religiöse Führer und Gruppen, darunter die Jamiat Ulema-e-Hind unter der Leitung von Maulana Arshad Madani und Maulana Mahmood Madani, haben zentrale Bedenken geäußert. Sie warnen vor einer möglichen Verschlechterung des Status von Waqf-Eigentum, was in den Worten von Arshad Madani als Versuch angesehen wird, die Kontrolle über diese Besitztümer zu erleichtern.

Sorgfaltspflicht und Einfluss auf die Waqf- Eigentümer

Im Mittelpunkt der Kritik steht die vorgeschlagene Änderung, die es den Bezirksbehörden, oder den „Collectoren“, ermöglichen

würde, Entscheidungen über Waqf-Eigentum zu treffen, was die ursprünglichen Befugnisse der Waqf-Behörden untergraben würde. In jener Hinsicht sehen viele in diesen Änderungen einen ernsthaften Eingriff in die religiöse Autonomie.

Kritik an der Gesetzgebung

Mahmood Madani unterstrich, dass die vorgeschlagenen Änderungen nicht nur die Integrität der Waqf-Eigentümer beeinträchtigen, sondern auch das Prinzip des göttlichen Eigentums untergraben, das die Grundlage des Waqf-Rechts bildet. Die Besorgnis bezieht sich vor allem auf die geplante Streichung von § 40 des Waqf-Gesetzes, die eine nicht zu rechtfertigende Einmischung des Staates in religiöse Angelegenheiten bedeutet.

Die Rolle der politischen Parteien

Syed Sadatullah Husaini, Präsident der Jamaat-e-Islami Hind, kommentierte die Situation und äußerte, dass die Regierung keine Konsultationen mit Muslim-Vertretern durchgeführt habe, bevor dieser Gesetzentwurf präsentiert wurde. Er sieht die Änderungen als eine Gefahr für die rechtlichen Strukturen, die den religiösen Minderheiten in Indien ihre Rechte zur Bewahrung ihrer kulturellen und religiösen Praktiken sichern.

Forderungen nach Dialog und Rückzug des Gesetzentwurfs

Die muslimischen Organisationen fordern die Regierung eindringlich auf, die vorgeschlagenen Änderungen zurückzuziehen und stattdessen umfassende Gespräche mit allen beteiligten Akteuren, einschließlich religiöser Führer und Waqf-Verwaltungen, zu führen. Es ist von zentraler Bedeutung, dass die Stimmen der Gemeinschaft gehört werden, um eine Lösung zu finden, die sowohl den Glaubensüberzeugungen als auch den rechtlichen Ansprüchen Rechnung trägt.

Der gesellschaftliche Kontext und die Auswirkungen auf das Leben der Menschen

Die gesamte Angelegenheit wirft Fragen auf über die Rechte der Muslime in Indien und deren Rolle in der Gesellschaft. Die fortwährenden Spannungen zwischen staatlicher Kontrolle und religiöser Autonomie könnten weitreichende Auswirkungen auf das Zusammenleben in einer der vielfältigsten Gesellschaften der Welt haben. Wie die Ereignisse weitergehen, bleibt abzuwarten, aber die kommenden Diskussionen könnten entscheidend dafür sein, wie die rechtlichen Rahmenbedingungen für Waqf-Eigentum und die damit verbundenen Rechte in der Zukunft aussehen.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de